

Antrag

der Abgeordneten Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl, Cornelia Behm, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Jürgen Trittin, Renate Künast, Fritz Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Neuer Schwung für die Klimaverhandlungen – Poznań zum Erfolg machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach der amerikanischen Präsidentschaftswahl bietet sich die historische Chance, ein ambitioniertes internationales Klimaschutzabkommen unter Einbeziehung der Vereinigten Staaten zu erreichen. Voraussetzung dafür ist, dass die Europäische Union ihrer erklärten Vorreiterrolle im Klimaschutz gerecht wird und im Dezember 2008 mit einem glaubwürdigen Klimaschutzprogramm in die wichtigen Klimaverhandlungen in Poznań geht. Lässt es Europa in dieser Situation an der notwendigen Entschlossenheit beim Klimaschutz fehlen, werden sich weder die Vereinigten Staaten von Amerika noch wichtige Schwellen- und Entwicklungsländer wie China und Indien für ein ehrgeiziges Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll gewinnen lassen.

Deshalb ist es fatal, dass sich die Europäische Union bei den Beratungen über das europäische Klima- und Energiepaket zerstritten präsentiert. Das Klima- und Energiepaket wurde zunächst verschoben, nun droht es stark verwässert zu werden, auch durch die Bundesregierung. Einige Mitgliedstaaten wollen das Klimapakete offenbar in diesem Jahr gar nicht mehr beschließen und mit leeren Händen nach Poznań fahren. Das käme einem europäischen Offenbarungseid in der Klimaschutzpolitik gleich. Die Verabschiedung des Klima- und Energiepakets noch in diesem Jahr ist von zentraler Bedeutung für den Fortgang der internationalen Klimaschutzbemühungen. Darauf hat der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon in einem Brief an die Bundeskanzlerin zu Recht hingewiesen.

Die internationale Finanzmarktkrise darf nicht als Vorwand dienen, der Klimakrise tatenlos zuzusehen. Ein Klimaschutzmoratorium für die Industrie, wie der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie gefordert hat, ist nicht nur ökologisch unverantwortlich, sondern auch ökonomisch kurzsichtig. Denn ein ungebremster Klimawandel droht noch viel größere gesamtwirtschaftliche Schäden anzurichten als die gegenwärtige Bankenkrise.

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse belegen, dass sich der Klimawandel weiter beschleunigt mit gravierenden Auswirkungen. Das Eis der Arktis schmilzt schneller als bislang angenommen und der Meeresspiegel kann schon gegen Ende dieses Jahrhunderts um einen ganzen Meter angestiegen sein. Die Alpengletscher schmelzen weiter ungebremst und die Zahl der Flutkatastrophen und Wetterextreme hat drastisch zugenommen. Laut Angaben der Vereinten Natio-

nen gab es allein 2007 weltweit fast 400 große Überschwemmungen, Wirbelstürme, Erdbeben und Hitzewellen, von denen 200 Millionen Menschen betroffen waren. 25 Millionen verließen deshalb ihre Heimat. Prognosen sprechen von bis zu 200 Millionen Menschen, die bis 2050 auf der Flucht vor klimabedingten Umwelteinflüssen sein werden. In letzter Zeit warnen Wissenschaftler auch verstärkt davor, dass sich gefährliche Krankheitserreger wie Ebola, Tuberkulose oder Gelbfieber weiter ausbreiten und in neue Regionen vordringen werden. Vor diesem Hintergrund kann sich die Weltgemeinschaft weitere Verzögerungen oder gar ein Scheitern der Klimaschutzverhandlungen nicht leisten.

Tatsächlich tritt die internationale Klimapolitik auf der Stelle. Die vergangenen internationalen Klimakonferenzen verliefen angesichts der Dringlichkeit viel zu schleppend. Die Klimakonferenz in Bali war nur knapp an einem völligen Scheitern vorbeigeschrammt. Statt der notwendigen Benennung konkreter CO₂-Reduktionsziele bis 2020 gab es lediglich einen unverbindlichen Verweis auf das Jahr 2050 und die Verständigung auf einen Zeitplan für die Aushandlung eines konkreten Klimaschutzplanes.

Auch der vergangene G8-Gipfel in Japan brachte klimapolitisch keinen Fortschritt. Bereits im Juni 2007 hatten die G8-Staaten unter deutscher Präsidentschaft vereinbart, mindestens eine Halbierung des globalen CO₂-Ausstoßes bis 2050 „ernsthaft zu prüfen“. In Japan wurde aus der Prüfung in der Abschlussklärung ein ebenso unverbindliches „Teilen der Vision“, die CO₂-Emissionen bis 2050 um 50 Prozent zu reduzieren.

In Poznań braucht es endlich neuen Schwung für die Klimaverhandlungen. Dort müssen die Weichen gestellt werden, damit nächstes Jahr 2009 in Kopenhagen ein ambitioniertes Kyoto-Folgeabkommen beschlossen werden kann. Die Industrieländer müssen vorangehen und beweisen, dass sie ohne Wenn und Aber ihre Klimaschutzmaßnahmen umsetzen und forcieren. Das heißt für die Europäische Union konkret mindestens eine 30-prozentige Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 bezogen auf 1990 und für Deutschland eine Reduktion um mindestens 40 Prozent im genannten Zeitraum. Dabei muss klar sein, dass der überwiegende Teil der Reduktionen in den Industriestaaten selbst erzielt werden muss. Diese dürfen sich nicht über fragwürdige CDM-Projekte (CDM: Clean Development Mechanism) im Ausland aus der Verantwortung zum Klimaschutz im eigenen Land entziehen können.

Fortschritte sind auch beim internationalen Waldschutz unverzichtbar. Die Zerstörung der Urwälder trägt ca. 20 Prozent der vom Menschen produzierten Treibhausgase bei. Das ist mehr als die Belastungen durch den weltweiten Verkehr. Deshalb war es überfällig, den Schutz von Wäldern in die internationalen Klimaverhandlungen einzubeziehen, wie es mit dem Mandat von Bali geschehen ist. Die Reduktion von Emissionen aus der Entwaldung und Schädigung von Wäldern (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation/REDD) ist auch eine für den Erhalt der biologischen Vielfalt wichtige Initiative. Zudem belegen der Stern-Report (2006) und der von der britischen Regierung erst kürzlich vorgelegte Elisch Review „Climate Change: Financing Global Forests“ (2008), dass die Drosselung der weltweiten Entwaldung einer der kostengünstigsten Wege ist, zum Klimaschutz beizutragen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. darauf zu drängen, dass sich die Europäische Union vor der Klimakonferenz in Poznań darauf verständigt, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 ohne Vorbedingungen um 30 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, und diesem Ziel durch die Einigung über ein daran ausgerichtetes Klima- und Energiepaket Glaubwürdigkeit verleiht;

2. sich auf der Klimakonferenz in Poznań dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen auf der Grundlage eines konkreten Zeitplans zügig vorangetrieben werden mit dem Ziel, spätestens 2009 in Kopenhagen ein Kyoto-Folgeabkommen für den Zeitraum nach 2012 zu vereinbaren;
3. sich für deutlich abgesenkte Emissionsobergrenzen der Industrieländer (Annex-I-Staaten) einzusetzen mit dem Ziel einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen der Industriestaaten bis 2020 um mindestens 25 bis 40 Prozent gegenüber 1990;
4. auf eine gemeinsame langfristige Vorstellung (shared vision) zum Klimaschutz hinzuarbeiten, die neben einem globalen Treibhausgasreduktionsziel von mindestens 50 Prozent bis 2050 auch Prinzipien einer gerechten Aufteilung der weltweiten Klimaschutzbemühungen umfasst, unter Berücksichtigung der historischen Verantwortung der Industriestaaten für den Klimawandel, der unterschiedlichen Klimaschutzzkapazitäten zwischen Nord und Süd und der Gleichberechtigung aller Menschen mit Blick auf ihre Treibhausgasemissionen;
5. das Klimaprotokoll im Interesse eines wirksamen Klimaschutzes weiterzuentwickeln, insbesondere durch
 - a) die völkerrechtlich verbindliche Verankerung empfindlicher Sanktionen oder Vertragsstrafen für den Fall der Nichterreichung der festgelegten Emissionsobergrenzen,
 - b) die Vereinbarung von konkreten Reduktionsverpflichtungen für einzelne Emissionssektoren, insbesondere Einigung auf Minderungspflichten für den internationalen Flug- und Schiffsverkehr,
 - c) die Festschreibung verbindlicher internationaler Zielvorgaben für den Abbau bestehender weltweiter klimaschädlicher Subventionen,
 - d) die Weiterentwicklung der projektbezogenen Mechanismen CDM (Clean Development Mechanism) und JI (Joint Implementation) mit dem Ziel, Missbrauch wirksam zu unterbinden und die ökologische Effizienz der Projekte sicherzustellen,
 - e) die Anerkennung von CO₂-Speichern und -Senken und projektbezogenen Mechanismen wie CDM oder JI nur als zusätzliche Reduktionsmaßnahmen, wenn sie nicht die Erfüllung notwendiger eigener Minderungsziele der Industrieländer (Annex-I-Staaten) unterlaufen;
6. sich dafür einzusetzen, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer schrittweise und unter Anerkennung ihres Rechts auf wirtschaftliche und soziale Entwicklung in das Klimaprotokoll einbezogen werden mit Hilfe abgestufter Verpflichtungen, wie etwa sektorspezifischer Ziele oder Zielmarken zur Verbesserung der Energieproduktivität und zum Ausbau erneuerbarer Energien;
7. sich für einen deutlichen Ausbau eines wirksamen Finanzierungsmechanismus zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel einzusetzen und den auf Bali beschlossenen Anpassungsfonds zu unterstützen und finanziell angemessen auszustatten;
8. sich für Programme zur Wiederaufforstung von degradierten Flächen und zur Bindung von Kohlenstoff in Böden einzusetzen, die sich nach den Kriterien einer naturnahen Forstwirtschaft richten sowie zum Erhalt der biologischen Vielfalt beitragen;

9. sich für die Weiterentwicklung der Finanzierungsinstrumente zum Schutz der Urwälder und zur Kompensation vermiedener Entwaldung (REDD) einzusetzen durch
 - a) die Anerkennung von REDD nur als zusätzlicher Maßnahme zu den notwendigen Treibhausgasreduktionen in den Industriestaaten,
 - b) die stärkere Zusammenarbeit der Klimarahmenkonvention mit der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD), um die notwendigen Synergien zwischen dem Klima- und Biodiversitätsschutz und somit den Erhalt der biologischen Vielfalt sicherzustellen,
 - c) die Berücksichtigung der globalen Ziele der Armutsbekämpfung und Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung bei der Implementierung von REDD durch unter anderem die Partizipation der lokalen Bevölkerung und Gemeinschaften vor Ort,
 - d) die Implementierung eines effektiven und prüfbaren Monitoring-, Verifizierungs- und Berichtssystems;
10. ergänzend zur Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls die bilaterale und multilaterale Technologiekoooperation, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien, der Energieeinsparung und der Energieeffizienz, erheblich zu intensivieren;
11. sich dafür stark zu machen, dass alle Entwicklungsländer an den Klimaverhandlungen aktiv teilnehmen können, und zu diesem Zweck bestehende Fonds entsprechend auszustatten.

Berlin, den 25. November 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion